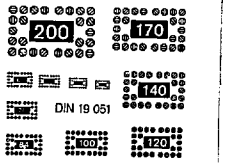


Programm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

zu den

Viermächteverhandlungen

über die

deutsche Wiedervereinigung

C93-1161

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Programm der SPD zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung 3

I. Europäische Sicherheit und deutsche Einheit 6
1. Der Status des wiedervereinigten Deutschland 6
2. Das europäische Sicherheitssystem 7
3. Garantien in der Zwischenperiode 7
4. Mitwirken der Bundesrepublik 8
5. Interessenvertretung bei der Vier-Mächte-Konferenz 8

II. Von der Wiedervereinigung zum Friedensvertrag 9
1. Wahl einer vollberechtigten Nationalversammlung 9
2. Vereinbarung über ausländische Truppen 10
3. Abkommen über gesamtdeutsche Truppen 10

III. Pariser Verträge und Vier-Mächte-Verhandlungen 10
1. Ersetzung der Pariser Verpflichtungen 10
2. Ausbau der Westeuropäischen Union 11
3. Interims-Lösung: Aussetzung der Pariser Verträge 11
4. Neue Truppenhöchstzahl der WEU 11
5. Inkraftsetzung der Revisionsbestimmungen 11

C93-1161

Friedrich-Ebert-Stiftung Bibliothek Bonn

Programm der SPD zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung

Die Notwendigkeit, alles, was in Menschenkraft steht, zu tun, um die deutsche Wiedervereinigung sobald als möglich zu erreichen, wird für jeden verantwortungsbewußten Deutschen immer unausweichlicher. Jede Verzögerung der auf dieses Ziel gerichteten Anstrengungen ist verderblich und von unabsehbaren Folgen. Ein Fortbestand des widernatürlichen Zustandes der Spaltung Deutschlands auf Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte, brächte die Gefahr mit sich, daß ein Gebiet von 18 Millionen Einwohnern, in jeder Hinsicht genau so deutsch wie die Bundesrepublik, durch die Macht der Zeit und die Gewalt des Druckes, der auf ihm lastet, dem anderen, größeren Teil Deutschlands immer mehr entfremdet, ja, schließlich völlig von ihm getrennt wird.

Heute schon gibt es viele besorgniserregende Anzeichen für die Anfänge einer solchen Entwicklung. Die Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges beginnen mit gleichen Worten einen anderen Inhalt zu verbinden. Kraß unterschiedliche Lebensbedingungen wecken selbst zwischen denen, die durch Familienbande und Freundschaft einander nahestehen, Mißgunst und Neid. Ein fast allmächtiger kommunistischer Staatsapparat in Mitteldeutschland sucht die Jugend durch ständige Aufsicht und Einflußnahme von früh an in das Schema des eigenen totalitären Denkens zu zwingen. So mutiger Widerstand des Herzens und des Verstandes von unzähligen einzelnen oder von größeren und kleineren Gruppen dagegen auch geleistet wird, so sicher ist doch, daß er eines Tages erlahmen muß, wenn nicht die Einheit des deutschen Volkes und Staatsgebietes wieder hergestellt wird und dies nicht erst an einem Tag in nebelhafter Ferne.

Aus dieser Notlage ergibt sich eine doppelte Aufgabe. Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß ein Höchstmaß von Beziehungen zwischen den Deutschen beider Teile des gespaltenen Landes geschaffen und gesichert wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat für diese erste Aufgabe, die für die Zeit bis zur Wiedervereinigung gestellt ist und die innerdeutsche Erfordernisse behandelt, bereits Richtlinien veröffentlicht. Die zweite Aufgabe betrifft die internationale Seite des gleichen Problems, die Frage nämlich, wie kann man so bald als möglich durch Verhandlungen zwischen den Beteiligten, und dies sind das deutsche Volk selbst, die Westmächte und die Sowjetunion, zur Wiederherstellung der deutschen Einheit kommen?

Es liegen bestimmte und allgemein erkennbare Anzeichen dafür vor, daß die großen Mächte dieser Erde, vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Volksrepublik China, in ihrer Außenpolitik den Bestrebungen nach einer Entspannung der internationalen Lage immer mehr Raum geben. Auf beiden Seiten, im Westen und im Osten, ist die Einsicht gewachsen, daß jeder mit den Mitteln der Gewalt ausgetragene Konflikt, der zwangsläufig zur Anwendung der modernen Massenvernichtungswaffen führen würde, nicht mehr zu begrenzen wäre. Das aber wäre zugleich eine tödliche Bedrohung aller Staaten und Völker. Aus dieser gemeinsamen Er-

kenntnis ergeben sich die offenkundigen Bemühungen, in jedem Fall und auf jeden Fall im Wege von Verhandlungen zu einer Lösung der Streitfragen zu kommen, die die internationalen Beziehungen vergiften.

Die deutsche Frage ist ein Teilproblem des weltweiten Spannungsfeldes, sie steht nicht allein für sich im leeren Raum. Die deutsche Frage ist aber angesichts der Tatsachen, daß in West- und Mitteldeutschland zusammen rund 70 Millionen Menschen leben und über ein außerordentliches Produktionspotential verfügen, und daß die Spaltung Deutschlands zugleich die Spaltung Europas bedeutet, eines der größten Spannungsprobleme zwischen West und Ost. Eine friedliche Lösung der deutschen Frage, die von allen Beteiligten als vernünftig akzeptiert werden kann, ist also ein entscheidender Beitrag für die Erhaltung des Friedens und für die Stärkung der allgemeinen Sicherheit.

Dazu sind folgende Feststellungen zu treffen:

1. Dem Ausland ist in stärkstem Maße, zum Teil zu seiner großen Überraschung, bewußt geworden, daß die Forderung nach der friedlichen Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschland in Freiheit tatsächlich das vordringlichste Problem der Deutschen ist. Das Ausland hat darüber hinaus erkannt, daß eine sehr große Mehrheit der Deutschen dieser Forderung nach Wiedervereinigung in ständig wachsender Stärke den absoluten Vorrang vor jeder anderen politischen Frage gibt, also etwa auch vor der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik.

2. Zugleich sind aber immer deutlicher Tendenzen im Auslande erkennbar geworden, die eine Entspannung der Situation zwischen West und Ost im europäischen Raum auf der Grundlage des Status quo suchen und finden wollen. Das würde eine West-Ost-Verständigung unter Beibehaltung der Spaltung Deutschlands und unter Forcierung der Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in die beiderseitigen Machtsphären bedeuten. Diese Auffassung übersieht allerdings die Tatsache, daß die Lösung der deutschen Frage im Sinne der Wiedervereinigung einen der entscheidendsten Beiträge in den Bemühungen um die allgemeine Entspannung darstellt.

3. Dieser drohenden Gefahr, die zugleich ein verhängnisvoller Irrtum ist, muß von der Bundesrepublik als dem Teil Deutschlands, der heute allein verhältnismäßig frei sprechen und handeln kann, schnell und entschieden entgegengewirkt werden. Eine solche westdeutsche Aktivität zur Wiedervereinigung ist von vitaler Bedeutung, denn man kann von keiner Macht der Erde mehr Interesse und mehr Anstrengungen für die Wiedervereinigung erwarten, als die Deutschen selbst aufzubringen bereit sind. Jede weitere Verzögerung müßte zur Folge haben, daß eine Lösung der deutschen Frage im Sinne der Wiedervereinigung immer weiter in den Hintergrund tritt, und daß auf eine vielleicht unabsehbare Zeit mit einem Vier-Mächte-Übereinkommen über die friedliche deutsche Wiedervereinigung nicht mehr gerechnet werden könnte.

Seit über vier Jahren steht nun die Frage der deutschen Einheit als einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Um so bedauerlicher und unverständlicher ist es, daß bis auf den heutigen Tag die Bundesregierung kein fest umrissenes Grundsatzprogramm darüber bekanntgegeben hat, wie sie sich eine erfolgversprechende, auf die positive Lösung der deutschen Fragen gerichtete Politik vorstellt. Sie hat auch keine Vorschläge in einem der Ausschüsse des Bundestages oder in direkter Fühlungnahme zwischen ihren Vertretern und den Vertretern der Opposition zur Beratung gestellt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält es daher für dringend geboten, ihrerseits ein Programm konkreter „Erwägungen zu den bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung" vorzulegen. Diese Erwägungen sind der zusammenfassende Niederschlag und die Fortentwicklung von Gedanken, die seit Jahren von berufener sozialdemokratischer Seite bei verschiedensten Gelegenheiten auch in breitester Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind. Die SPD geht dabei von der unbestrittenen Voraussetzung aus, daß die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit nur und ausschließlich durch ein von allen Beteiligten, also auch vom deutschen Volk, gebilligtes Übereinkommen aller vier Mächte herbeigeführt werden kann.

Dazu ist festzustellen, daß sich nach Ansicht der SPD Vier-Mächte-Verhandlungen nicht in dem Bemühen erschöpfen sollten, eine neue Vier-Mächte-Konferenz zu organisieren, deren Tagesordnung, wie in Berlin, u. a. auch die Erörterung der deutschen Frage vorsieht. Vier-Mächte-Verhandlungen sind die Gesamtheit aller Bestrebungen, die alle Voraussetzungen für ein Übereinkommen der vier Mächte über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ermöglichen. Eine neue Vier-Mächte-Konferenz darf also keine Wiederholung der Berliner Konferenz werden. Sie darf nicht wieder dazu führen, daß beide Seiten auf einer internationalen Bühne lediglich ihre Höchstforderungen gegenüberstellen, um vor diesem Hintergrund nur ihre grundsätzlichen Gegensätze darzulegen.

Hier beginnt, so meinen die Sozialdemokraten, die nächste Aufgabe der Bundesregierung, wenn sie ihrer deutschen und internationalen Verpflichtung gerecht werden soll. Von deutscher Seite muß mit allen Mitteln versucht werden, die neue Vier-Mächte-Konferenz zu einem entscheidenden Beitrag zur endlichen Verwirklichung der deutschen Einheit zu gestalten. Das setzt aber voraus, daß sofort ein „Programm der nächsten Schritte" aufgestellt werden muß, das in enger und konstruktiver Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte Westdeutschlands die konkreten deutschen Vorstellungen über die Vorbereitung und Durchführung einer Vier-Mächte-Konferenz postuliert. Dieses Programm ist dann unverzüglich zunächst dem Gremium vorzulegen, das nach dem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Februar 1955 aus Vertretern der Bundesrepublik und der drei Westmächte zu bilden ist, um auf der westlichen Seite die Grundlagen für aussichtsreiche Vier-Mächte-Verhandlungen zu schaffen. Richtschnur der deutschen Anstrengungen muß es dabei sein, eine enge Verknüpfung des Anliegens der großen Mächte nach einer allgemeinen Entspannung der internationalen Situation mit dem deutschen Anliegen nach einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit herbeizuführen. Nur so wird es gelingen, jene Tendenzen im Ausland endgültig in den Hintergrund zu drängen, die einen Ausgleich der inter-

nationalen Spannungen dadurch herbeiführen möchten, daß sie den Status quo der Teilung Deutschlands beibehalten. Eine solche „Lösung" der deutschen Frage mag gewissen ausländischen Kräften als Augenblicksklärung vielleicht bequem erscheinen. Sie wäre aber, würde sie Tatsache, für das deutsche Volk unerträglich und eine ständige Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt die aus der realpolitischen Erkenntnis entstandene und durch die tatsächliche Entwicklung bestätigte Auffassung, daß alle Überlegungen, die ein positives Ergebnis von Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Frage zum Ziele haben, von folgenden Thesen auszugehen haben.

I.

Europäische Sicherheit und deutsche Einheit

Europäische Sicherheit und deutsche Einheit sind ein gemeinsamer Komplex. Das bedeutet, daß in Vier-Mächte-Verhandlungen die Festigung und Garantierung der europäischen Sicherheit und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands als ein zusammengehöriges Ganzes anzusehen, zu behandeln und zu verwirklichen sind. Diese grundsätzliche These ist eine klare Folgerung aus dem Verlauf der Berliner Konferenz des Jahres 1954. Wenn nämlich ein Konferenzpartner dem anderen zumutet, von vornherein und bedingungslos die von ihm einseitig aufgestellten Voraussetzungen für ein Vier-Mächte-Übereinkommen einfach zu akzeptieren, dann ist, wie das in Berlin geschah, kein praktisches Verhandlungsergebnis zu erwarten. Die Konferenzpartner müssen daher bereit und entschlossen sein, sich ernsthaft mit den beiderseitigen sachlichen Argumenten auseinanderzusetzen und deren Nützlichkeit und Notwendigkeit in nüchternen Diskussionen zu erwägen. Die Mächte müssen also, wenn schon der Beginn der Vier-Mächte-Verhandlungen sinnvoll und aussichtsreich sein soll, über eine Anzahl wichtiger Punkte Klarheit zu gewinnen suchen.

1. Der Status des wiedervereinigten Deutschland

Verlauf und Ergebnis der Berliner Konferenz haben bewiesen, daß die Verhandlungen über die Grundlage der Wiedervereinigung, nämlich über die freien, allgemeinen, geheimen und international kontrollierten Wahlen in ganz West- und Mitteldeutschland und in Berlin, blockiert werden, wenn nicht gleichzeitig der Versuch zu einer Bestimmung des internationalen Status des wiedervereinigten Deutschlands gemacht wird. Deshalb müßten sich die vier Mächte, auf die es in erster Linie ankommt, zunächst mit deutscher Zustimmung darüber einigen, in welchem vertraglichen geregelten und garantierten Verhältnis ein wiedervereinigtes Deutschland in seiner Umwelt leben soll. Ohne eine Einigung darüber wird es unmöglich sein, zu einem Übereinkommen in der Frage freier Wahlen für ganz Deutschland zu gelangen. Die drei Westmächte haben in ihrer Note vom September 1953 der sowjetischen Regierung ihre Bereitschaft mitgeteilt, mit ihr sowohl über freie Wahlen als auch über den gesamtdeutschen Status zu verhandeln. Da hier ein entscheidender Ansatzpunkt für vernünftige Verhandlungen gegeben ist, wird die Bundesrepublik darauf bestehen müssen, daß die Westmächte auf ihr Angebot zurückkommen.

Gewisse sowjetische Erklärungen, die nach der Berliner Konferenz abgegeben worden sind, lassen vermuten, daß sich bestimmte Annäherungsmöglichkeiten abzeichnen, die im Bereich der freien, international kontrollierten Wahlen liegen. Diese Wahlen würden aber, wenn sie wirklich frei sind, mit einer an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gegen den östlichen Verhandlungspartner ausfallen. Eine aus ihnen hervorgegangene frei gewählte gesamtdeutsche Regierung würde sich selbstverständlich politisch entsprechend verhalten. Daher wird man die Sowjetunion nicht zu einer Zustimmung zu solchen freien Wahlen veranlassen können, wenn nicht vorher über die künftige internationale Position eines wiedervereinigten Deutschlands Klarheit geschaffen worden ist. Eine solche internationale Regelung ist unerläßlich, weil ohne sie eine gesamtdeutsche und frei gewählte Regierung überhaupt nicht zustandekommen würde.

2. Das europäische Sicherheitssystem

Der internationale Status Gesamtdeutschlands steht im engen Konnex mit der Eingliederung des wiedervereinigten Deutschland in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen. Gesamtdeutschland würde in dem kollektiven europäischen, also regionalen Sicherheitssystem im Rahmen der UNO vollberechtigter und vollverpflichteter Partner sein. Dabei ist klarzustellen, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht die Absicht hat, Mitglied des einen oder des anderen Militärblocks zu werden. Das aber wäre weder Neutralismus noch Neutralität, denn es würde sich durch Aufstellung eigener Truppen verpflichten, an der Garantierung und Verteidigung der Sicherheit innerhalb der Bestimmungen der Vereinten Nationen voll mitzuwirken. Diese Eingliederung wäre das Ergebnis einer frei auszuhandelnden Vereinbarung zwischen den Partnermächten und der frei gewählten gesamtdeutschen Regierung. Bis dahin aber sollte schon die Bundesrepublik eine solche Vereinbarung als ihr festes Ziel erklären und auch darauf hinwirken. In diesem Zusammenhang muß aber auch absolut klargemacht werden, daß die Bundesregierung es nicht als ihr Ziel anstrebt, die Bundesrepublik dem westlichen Militärblock einzugliedern, so wenig wie es möglich sein darf, daß Mitteldeutschland, also die sowjetisch besetzte Zone, dem östlichen Militärblock eingefügt wird.

3. Garantien in der Zwischenperiode

Es muß in Rechnung gestellt werden, daß eine sofortige Umschaltung vom System der militärischen Blockbildungen auf das System der regionalen Sicherheitsabkommen kaum durchführbar sein dürfte. Auf dem Wege der Schritt-für-Schritt-Entwicklung wäre daher als ein Zwischenziel eine Garantie-Vereinbarung der vier Mächte mit der gesamtdeutschen Regierung vorzuschlagen. Diese Vereinbarung, die unter Umständen auch noch andere Staaten einschließen könnte, sollte Garantien beinhalten für:

a) die Unverletzbarkeit aller Territorien, also auch Gesamtdeutschlands,

b) der Verhütung bewaffneter Austragung von Konflikten und

c) die Anerkennung der Bestimmungen der Vereinten Nationen für die Regelung von Streitfällen.

Die Bundesrepublik sollte auch bei Vorbereitung und Erreichung dieses Zwischenzieles deutlich feststellen, daß sie an der Ersetzung der durch die neueste internationale Entwicklung in Frage gestellten militärischen Blockbildungen durch regionale Sicherheitsabkommen im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv mitarbeiten will. Dazu gehört, daß sich die Bundesrepublik entschieden für die Verpflichtung Gesamtdeutschlands ausspricht, im territorialen Bereich des wiedervereinigten Deutschlands keine ausländischen Militärstützpunkte und Basen zuzulassen mit Ausnahme solcher, die sich aus den Verpflichtungen des regionalen Sicherheitssystems ergeben. Selbstverständlich müßte dieses Sicherheitssystem alle vier heutigen Besatzungsmächte umfassen, ebenso wie das erwähnte Garantieabkommen natürlich auch von allen vier Mächten zu unterzeichnen wäre.

4. Mitwirken der Bundesrepublik

Die SPD ist der Ansicht, daß die drei Westmächte in allen Stadien der Vorbereitung und Durchführung von Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ihre freiwillig übernommenen Verpflichtungen zur Konsultation der Bundesrepublik rückhaltlos einzuhalten haben. Für Form und Inhalt dieser Konsultation liegt eine von Dr. Kurt Schumacher am 9. März 1951 im Bundestag abgegebene Begriffsfestlegung der SPD vor: „Die Information der deutschen Politik vor, während und nach der Viererkonferenz bei der Behandlung des ganzen Komplexes muß permanent und vollständig sein. Die Deutschen sollten auch wirklich befragt werden, sie sollten auch wirklich die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern." Dieser Standpunkt der SPD ist unverändert gültig. Die Londoner Schlußakte hat als Ziel gemeinsamer Politik der drei Westmächte und der Bundesrepublik die Wiederherstellung der deutschen Einheit proklamiert. Aus dieser feierlichen Erklärung ergibt sich außerdem der Anspruch der Bundesregierung, daß sie schon bei der Vorbereitung von neuen Viermächteverhandlungen über die Regelung der deutschen Frage zur effektiven Mitarbeit heranzuziehen ist.

5. Interessenvertretung bei der Viermächte-Konferenz

Die Bundesrepublik muß mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Regierung wahrscheinlich schon bei den Vorverhandlungen über den künftigen internationalen Status Gesamtdeutschlands von den vier Mächten aufgefordert werden könnte, ihren Standpunkt darzulegen und zu vertreten. Die Bundesrepublik könnte nach Ansicht der SPD eine solche Aufforderung nicht ablehnen. Sie müßte diese Haltung auch dann einnehmen, wenn die vier Mächte auf der anderen Seite auch die Regierung der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik" zur Vertretung ihres Standpunktes auffordern sollten. Dieses Verhalten würde in nichts die von der Bundesregierung verbindlich erklärte Ablehnung jeder juristischen oder tatsächlichen Gleichstellung mit der Sowjetzonen-Regierung berühren.

II.

Von der Wiedervereinigung zum Friedensvertrag

These Nummer zwei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezieht sich auf den Zeitraum, der sich von der Wiedervereinigung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit dem wiedervereinigten Deutschland erstreckt. Es ist sicher, daß auch nach dem Zustandekommen einer allgemein gebilligten Übereinkunft über den Status Gesamtdeutschlands noch erhebliche Zeit verstreichen würde, bis die zahlreichen und oft sehr schwierigen und verwickelten Bestimmungen eines solchen Friedensvertrages ausgehandelt wären.

Wir können bei dieser Überlegung zunächst davon ausgehen, daß der sowjetische Außenminister Molotow die von der Regierung der UdSSR früher einmal eingenommene Position des Vorranges eines Friedensvertrages vor der Wiedervereinigung bereits auf der Berliner Konferenz verlassen hat. Selbstverständlich ist ein Friedensvertrag wichtig und dringend, denn immerhin sind seit der totalen Kapitulation im Jahre 1945 schon volle zehn Jahre vergangen und es ist ein völlig unnatürlicher Zustand, daß der damals beendete Krieg noch immer nicht offiziell durch einen Friedenszustand abgelöst worden ist. Aber die SPD ist der Ansicht, daß ein Vier-Mächte-Übereinkommen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit aus vielerlei Gründen zeitlich wichtiger ist. Einer der wesentlichsten Gründe ist das Bemühen, durch die Wiedervereinigung den in der sowjetisch besetzten Zone lebenden Deutschen ebenfalls endlich ein Leben in voller persönlicher und staatsbürgerlicher Freiheit in Gemeinschaft mit den Westdeutschen zu ermöglichen. Diesem wichtigen Ziele können folgende drei Punkte dienen:

1. Wahl einer vollberechtigten Nationalversammlung

In freien und international kontrollierten Wahlen in ganz West- und Mitteldeutschland und in Berlin wird eine Nationalversammlung gewählt, die verfassungsgebend, regierungsbildend und gesetzgebend tätig wird. Sie entspricht damit der Weimarer Nationalversammlung des Jahres 1919 und gibt der von ihr gebildeten Zentralregierung die Grundlagen für ihre Arbeit. Diese gesamtdeutsche Zentralregierung ist der Partner der beteiligten Mächte für Friedensverhandlungen, die unverzüglich einzuleiten wäre. Über die Regelung der inneren Befugnisse und der auswärtigen Beziehungen durch diese gesamtdeutsche Regierung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages hat die SPD bereits an der Jahreswende 1953/54 konkrete Vorstellungen entwickelt, die unter Umständen den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt werden könnten. Ihr Kern ist es, daß die Nationalversammlung zunächst einmal vor allem ein Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt (oder mit anderem entsprechendem Namen) zu erlassen hätte, ähnlich, wie es die Weimarer Nationalversammlung im Februar 1919 getan hat. Dieses Gesetz muß die Befugnisse der Regierung regeln und dafür sorgen, daß die Grundrechte der Menschen in der sowjetisch besetzten Zone bis zur endgültigen Verabschiedung der Verfassung gesichert werden.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

2. Vereinbarung über ausländische Truppen

Mit den vier Mächten wäre eine Vereinbarung zu treffen, die dem Status ihrer auf deutschem Boden stationierten Truppen gilt. Unter Umständen wären zeitliche und räumliche Abschnitte zu vereinbaren, in denen die Herabsetzung der einzelnen Truppenstärken auf ein Mindestmaß und der schließlich vollständige Abzug dieser Truppen festzulegen wäre. Dabei wäre auch ein Übereinkommen über die Stationierung der verbleibenden Truppen der vier Mächte zu finden. Man könnte in einer solchen Vereinbarung einen Anfang zu Abkommen auf breiterer Basis sehen, die zu einer generellen Regelung der Truppenstärken und zu einer Beschränkung der Rüstung insgesamt führen könnte.

3. Abkommen über gesamtdeutsche Truppen

Zugleich mit der Vereinbarung über die Reduzierung und den Abzug der ausländischen Truppen wären Abkommen mit den vier Mächten zu treffen, durch die an die Stelle dieser ausländischen Truppen deutsche Polizei- oder militärische Kräfte zu treten hätten. Es erscheint zweckmäßig, derartige Abkommen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen abzuschließen.

III.

Pariser Verträge und Vier-Mächte-Verhandlungen

Das Inkrafttreten der Pariser Militärverträge wird sich in jedem Stadium der Vorbereitung und Durchführung von Vier-Mächte-Verhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als ein Faktor größter Schwierigkeiten erweisen. In dieser entscheidenden Frage stehen sich West und Ost in ihren Auffassungen schroff gegenüber. Auf der einen Seite beharrt man auf der Erfüllung und Verwirklichung der Pariser Verträge. Auf der anderen Seite kündigt man an, daß für diesen Fall die Ostblock-Abmachungen über die Einsetzung eines gemeinsamen Oberkommandos und die Aufrüstung der Sowjetzone in Kraft gesetzt würden. Dieses effektive Dilemma sollte die deutsche Seite nach Auffassung der SPD durch folgende Vorschläge für die Vier-Mächte-Verhandlungen aufzulösen versuchen:

1. Ersetzung der Pariser Verpflichtungen

Die militärischen Verpflichtungen, die der Bundesrepublik durch die Pariser Militärverträge auferlegt werden, sollten durch neue Vereinbarungen aufgehoben oder ersetzt werden. Diese Vereinbarungen wären zwischen den vier Mächten und Deutschland zu treffen. Sie würden eine Lösung im Rahmen eines regionalen europäischen Sicherheits-Abkommen beinhalten.

2. Ausbau der Westeuropäischen Union

Eine solche denkbare Lösung wäre etwa der Ausbau der Westeuropäischen Union zu einer Organisation, zu der alle europäischen Staaten Zutritt hätten. In ihr würde das wiedervereinigte Deutschland die entsprechenden und für alle Partner gleichmäßig geltenden Verpflichtungen auch militärischer Art übernehmen.

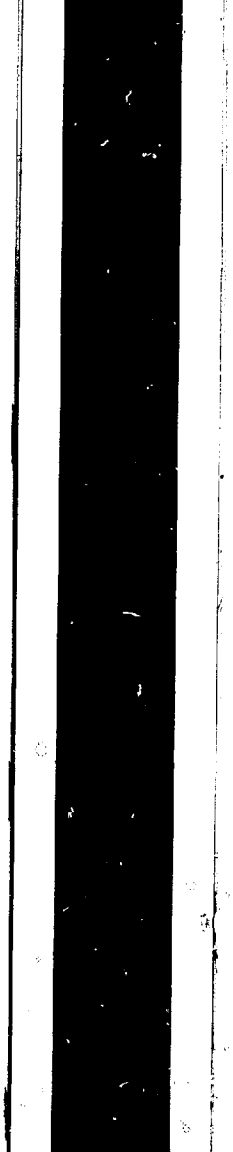
3. Interims-Lösung: Aussetzung der Pariser Verträge

Die Vorschläge nach 1. und 2. dürften zweifellos auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, die nicht sofort zu überwinden wären. Um aber nicht von vornherein jede Verhandlungsgrundlage zu zerschlagen und an diesem Punkt das ganze System einer besseren und tragfähigen Ordnung zu gefährden, ließen sich Vorschläge denken, die als eine Art Interims-Lösung die zweifellos verhärtete Situation aufweichen könnten. Zunächst wäre zu erwägen, daß man die militärischen Folgerungen aus den Pariser Verträgen, soweit sie die Bundesrepublik betreffen, für eine bestimmte Zeit aussetzen und nicht in Kraft treten lassen könnte. Eine solche Karenzfrist wäre sicher den ernsthaften Versuchen für eine Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung förderlich und würde sie sogar konkret ermöglichen. Dabei sollte diese Frist nicht nach knappen Monaten, sondern in größeren Zeiträumen bemessen werden. Damit hätte man jedes ultimative Anzeichen eines solchen Vorschlags vermieden.

4. Neue Truppenhöchstzahl der WEU

Dieser Vorschlag der Aussetzung der militärischen Folgerungen der Pariser Verträge für die Bundesrepublik sollte durch einen Beschluß der Westeuropäischen Union (WEU) ergänzt werden, der eine neue Höchstzahl für die Truppen und die Rüstung festlegt. Ein solcher Beschluß müßte in engster und sinnvoller Beziehung zu der Tatsache stehen, daß die Bundesrepublik ihrer militärischen Verpflichtungen aus der WEU entbunden und damit praktisch also eine Art Stillhalte-Abkommen eintreten würde.

5. Inkraftsetzung der Revisionsbestimmungen

Schließlich müßten die Revisions-Bestimmungen, die im Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Westmächten enthalten sind, sofort in Kraft gesetzt werden, sobald ein Vier-Mächte-Abkommen über die Wiedervereinigung zu erwarten ist. Die Wirksamkeit dieser Revision ist auf die Westeuropäische Union und auf die NATO zu erstrecken.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn. 5.55
Druck: Bonn-Druck, Bonn